

# Jugend & Familie

Ausgabe Dezember 2011 / Nr. 12

Arbeitsgruppe «Jugend und Familie», Postfach 4053, 8021 Zürich

## 2012: Neue Herausforderungen warten auf uns

Liebe Leserin,  
lieber Leser

Wie jedes Jahr zum Jahresende möchte ich in dieser Neujahrsausgabe unseres Rundbriefs gewissermassen einen «Jahresrückblick» vornehmen.



Vieles hat uns gefreut und vieles konnten wir erreichen: Dazu gehört zuallererst die von uns initiierte Aktion gegen den Basler «Sex-Koffer», der mittlerweile nationale Berühmtheit erhalten hat. Wie mir der Basler Erziehungsdirektor Christoph Eymann am Telefon erklärte, hat er über 3'000 Protestschreiben erhalten

– die grosse Mehrheit darunter wohl aus unserem Freundeskreis. Auch die Unterschriftensammlung für die Petition «Gegen die Sexualisierung der Volksschule» war mit über 90'000 Unterschriften ein Riesenerfolg. Die Übergabe vom 4. Oktober in Bern war für all unsere Familien ein grosses Erlebnis, auch wenn sich die Präsidentin der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK), Isabelle Chasot (CVP/FR), nicht die Mühe nehmen wollte, uns direkt zu treffen.

### Schleichende Einführung einer flächendeckenden Sexualerziehung

Trotzdem konnten wir mit unserer Aktion erreichen, dass das schleichende Ziel einer flächendeckenden Einfüh-

rung des Sexualkundeunterrichts an der Volksschule (ab dem Kindergarten) nicht mehr still und heimlich vorangetrieben werden kann, sondern mittlerweile ein viel diskutiertes Thema ist. Verantwortlich für die verhängnisvollen Tendenzen ist das Bundesamt für Gesundheit im Verbund mit dem Kompetenzzentrum «Sexualpädagogik und Schule» der pädagogischen Hochschule Luzern. Still-schweigende Duldung erfahren die Aktivitäten des «Kompetenzzentrums» aber auch seitens der EDK. Diese distanziert sich zwar formell von den Aktivitäten des Kompetenzzentrums; aber keiner will wohl ernsthaft glauben, dass mit Millionenbeträgen an Bundesgeldern erarbeitete Sexual-Lehrpläne nicht schliesslich doch in den Lehrplan 21 einfliessen sollen. Deshalb müssen wir in dieser wichtigen Sache weiter am Ball bleiben.

*Fortsetzung auf S. 2*



## Ein riesiger Dank an alle unsere Spender!

Auch dieses Jahr war in vielen Häusern die Freude wieder gewaltig, die wir mit unserer Weihnachtsaktion auslösen konnten. Kinder-  
augen leuchteten und der Gabentisch war reich gedeckt. Wir möchten in diesem Rundbrief nur einige wenige Familien abbilden, die wir dank Ihrer Hilfe beschenken durften.



## Positiver Entscheid des Europäischen Gerichtshofs

Aber auch andere zentrale Ereignisse haben in den letzten Wochen stattgefunden. So verbot der Europäische Gerichtshof in Luxemburg (EuGH) Mitte Oktober die Patentierung menschlicher Stammzellen. Dabei stellte er sich auf den Standpunkt, dass richtigerweise bereits jede befruchtete Eizelle ein Embryo ist und deshalb Patente nur registriert werden können, wenn sie dem Embryo als ungeborenem Menschen selber nützen. Dem «patentierten Menschen» (und der Stammzellenforschung) als kommerzielles Ersatzteillager wurde damit vom höchsten europäischen Gericht ein Riegel vorgeschoben – ausnahmsweise einmal etwas Positives aus Europa. Im Auge behalten werden muss allerdings, dass die (vielfach staatlich finanzierte) nicht-kommerzielle Stammzellenforschung weiterhin möglich bleibt. Der Anreiz hierfür dürfte jedoch deutlich schwinden.

## Private materielle Hilfe in Millionenhöhe

Schliesslich müssen wir auch für die geistliche und materielle Arbeit dankbar sein, die wir leisten dürfen. Fast 2,2 Millionen Franken konnten wir über die letzten fünf Jahre für Vergabungen und Hilfsgehalte ausgeben (2005: 579'000 Franken, 2006: 359'000 Franken, 2007: 237'000 Franken, 2008: 347'000 Franken, 2009: 300'000 Franken, 2010: 345'000 Franken). Ein guter Teil wird jeweils über die regelmässige Lieferung von Lebensmitteln am Monatsende abgewickelt.

## Familien ermutigen

Viele Familien fühlen sich alleingelassen. Ein entscheidender Teil unserer Familienarbeit ist es deshalb, intakte Familien zu vernetzen und sich gegenseitig Mut zu machen. 1997 gründeten wir die Interessengemeinschaft kinderreicher Familien «IG 3plus», die Familien regelmässig zusammenbringen will. Demselben Zweck dient auch unser jährlicher Schweizerischer Familientag. Ein wichtiger Teil der Betreuung vieler hilfeschuchender Familien erfolgt jedoch auch bei der Beratung – sei es am Telefon oder im direkten Gespräch.

Ein zentraler Bestandteil unseres Einsatzes bleibt aber die Verbesserung der politischen Rahmenbedingungen für die Familien in unserem Land. Ein wichtiger Beitrag in dieser Hinsicht ist unser regelmässiger Kontakt mit den politischen Behörden in den Kantonen und beim Bund.



*Eine der vielen Familien, die wir zu Weihnachten beschenken dürfen.*

## Gefährliche Tendenzen

Dabei gilt es folgende Entwicklungen im Auge zu behalten, welche die letzten Jahre massgeblich prägten:

Zum einen ist die Geburtenrate in den letzten 40 – 50 Jahren massgeblich gesunken. Heute bringt eine Mutter in der Schweiz statt der für eine Erneuerung der Generationen nötigen 2,1 Kinder durchschnittlich noch rund 1,5 Kinder zur Welt. Und unsere Mütter bekommen ihre Kinder zudem immer später: Bei den 35-Jährigen oder älteren Frauen hat die Geburtenzahl allein seit 2001 um 45 Prozent zugenommen, während sie bei den unter 30-Jährigen im selben Zeitraum massiv gefallen ist. All dies bringt grosse demografische Veränderungen mit sich, welche längerfristig schwere Auswirkungen haben.

## Patchwork-Familien gelten als «cool»

Zweitens verzeichnen wir eine massive Zunahme nichtehelicher Geburten. Allein zwischen 2009 und 2010 betrug der Anstieg 6,6 Prozent und hat sich innerhalb von 10 Jahren nahezu verdoppelt. Hieraus ersichtlich wird der immer stärkere Zerfall der Familien in unserem Land. Patchwork-Familien jeder Art gelten als «cool». Wer ein Adoptionsrecht gleichgeschlechtlicher Paare kritisiert, wie dies verdienstvollerweise kürzlich CVP-Präsident Christophe Darbellay getan hat, kommt unter Beschuss der Medien.

Aber effektiv heisst «Patchwork» nicht einfach lustige Partner mit Kindern aus verschiedenen Ehen. «Patchwork» bedeutet vielfach Trennungsleid, alleinerziehende Mütter und Väter, und oft auch materielle Not.

## Steuerliche Benachteiligung intakter Familien

Drittens schliesslich hat es der Staat über die letzten Jahre leider versäumt, intakte Familien zu unterstützen. Im Gegenteil: Verheiratete Paare sind gegenüber unverheirateten Paaren sowie Alleinstehenden steuerlich massiv benachteiligt. Einverdienerehepaare, aber auch ein guter Teil der Doppelverdienerehepaare und ein Grossteil der Rentner-Ehepaare leiden unter der «progressiven Wirkung des Ja-Wortes».

Zudem sind Einverdiener- gegenüber Doppelverdienerehepaaren wegen unterschiedlicher Abzüge diskriminiert.

Eltern, die ihre Kinder selber erziehen, sind heute im Vergleich zu solchen, die ihre Kinder in die Fremdbetreuung geben, steuerlich stark benachteiligt. Der Staat und die Wirtschaft haben diese Entwicklung aus Überlegungen einer kurzfristigen volkswirtschaftlichen Produktivitätssteigerung über die letzten Jahre sogar noch gezielt gefördert.

## Die Familien wieder stärken!

Nicht das Individuum, sondern die Familie ist die Keimzelle und der Grundbaustein der Gesellschaft. Gesunde Familien ergeben eine gesunde Gesellschaft. Die intakten Familien sind der Ort, wo Sozialkompetenz erlernt und Kinder zu eigenverantwortlichen und mündigen Bürgern erzogen werden. Deshalb sollte das wichtigste Ziel der Politik sein, gesunde Familienstrukturen zu unterstützen, die Familien zu stärken und verantwortungsbewusste Eltern zu fördern.

Mit dem Einsatz unserer Arbeitsgruppe «Jugend und Familie» leisten wir einen

# Peter Föhn bleibt „unser Mann“ in Bern!

Nationalrat  
Conseil national  
Consiglio nazionale  
Cussegl nazional



Peter Föhn  
6436 Muotathal

Muotathal/Bern, 19. September 2011

Liebes Käthi

...die Überraschung ist mehr als gelungen...

## Vielen herzlichen Dank

Ende Juni hat die Arbeitsgruppe „Jugend und Familie“ eine Postkartenaktion an mich gestartet, um mir für meinen Einsatz im Nationalrat zu danken.

Ca. tausend Dankeskarten sind bei mir eingetroffen, viele davon ergänzt mit persönlichen lieben Worten. Für die Aktion danke ich dir - liebes Käthi - von Herzen. Ich bin überwältigt, soviel Lob und Anerkennung bekommen zu haben.

Diese äusserst grosse Anzahl Wertschätzungszeichen motivieren mich auch nach meiner Zeit als Parlamentarier aktiv für das ungeborene Leben und die werdenden Mütter in Not einzustehen! Ich bin überzeugt, dass mich immer mehr gleichgesinnte Personen auch in „Bundes-Bern“ unterstützen werden. Genau wie Ihr! Vergelt's Gott.

Mit herzlichem Gruss aus meiner letzten Session in Bern.

Peter Föhn  
Nationalrat



Weil er nicht mehr kandidierte, hatten wir alle damit gerechnet, dass der Schwyzer Nationalrat Peter Föhn nach den Wahlen nicht mehr im Parlament sitzen werde. Noch am 18. September hatte er sich mit einem überaus lieben Brief von uns verabschiedet.

Mit einem Glangresultat wurde er bei den Wahlen vom 27. November stattdessen nun völlig überraschend in den prestigereichen Ständerat gewählt. Wir alle freuen uns gewaltig über dieses Ereignis. Einmal mehr hat sich gezeigt: Gradlinigkeit zahlt sich aus.

Ganz herzliche Gratulation und viel Erfolg bei noch mancher künftigen Session!

Beitrag in genau diese Richtung. Jahr für Jahr und Tag für Tag. Und jede Ehe und Familie, die wir mit unserer Hilfe retten können, ist für uns eine grosse Ermutigung, auf dem eingeschlagenen Weg weiterzugehen.

## Ein riesiger Dank an alle Gönner

Immer wieder erhalten wir auch Zeichen des Dankes. Es liegt mir daran, gerade in diesem Rundbrief zum Jahreswechsel diesen Dank an Sie weiterzugeben.

Ohne Ihr Mittragen wäre unser Einsatz gar nicht möglich. Dessen sind wir uns bewusst!

Von Herzen wünsche ich Ihnen und Ihren Familienangehörigen ein reich gesegnetes Neues Jahr.

In herzlicher Verbundenheit

Käthi Kaufmann-Egger  
Präsidentin «Jugend und Familie»

## Homosexuellen-Adoptionsrecht: Ständeratskommission auf Abwegen

Schon seit einiger Zeit fordern Homosexuellen-Organisationen ein Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare. Der Nationalrat hatte solches bisher abgelehnt. Die Rechtskommission des Ständerates schlägt der kleinen Kammer nun jedoch vor, vom Bundesrat eine Vorlage ausarbeiten zu lassen. Letztlich ist die ganze Diskussion eine Folge der rechtlichen Anerkennung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften.

Die Ständeratskommission schlug Mitte November vor, dass Erwachsene künftig unabhängig von Zivilstand und Lebensform Kinder adoptieren dürften. Einzige Bedingung sei, dass die Adoption «die beste Lösung» sei – was immer das heissen mag. Die ständerätliche Kommission verwies bei ihrer ohne Gegenstimme verabschiedeten Motion darauf, dass es zahlreiche sogenannte Regenbogenfamilien mit einem stabilen Familiensystem gebe. Genau dies behauptet auch die von Homosexuellenorganisationen lancierte Petition «Gleiche Rechte für alle Familien».

### Wo bleibt das Recht des Kindes?

Die EVP lehnt die Adoption durch gleichgeschlechtliche Paare entschieden ab. «Das Wohl des Kindes muss absolute Priorität haben gegenüber allen anderen Wünschen», hält die EVP in einer Stellungnahme fest. «Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf eine Mutter und einen Vater, idealerweise in der gleichen Familie.» Bei der Adoption durch ein gleichgeschlechtliches Paar werde dieses Recht dem Kind geplant und bewusst verwehrt, und das Wohl des Kindes ausser Acht gelassen. Laut der EVP hat ein Kind «die besten Voraus-



setzungen zur Entwicklung einer sicheren Geschlechtsidentität, wenn es in der Geschlechterspannung von Mutter und Vater aufwachsen kann». Auch die EDU liegt auf dieser Linie. Von der CVP hat sich mindestens Parteipräsident Christophe Darbellay in dieselbe Richtung geäußert, obwohl dort unterschiedliche Meinungen vorherrschen dürften.

Genau dieses primäre Interesse des Kindes bestreiten Schwulen- und Lesbenorganisationen mit Unterstützung von linken und liberalen Politikern. Am Aktionstag «Ja zur Aufhebung des Adoptionsverbotes» vom 7. Mai 2011 auf dem Bundesplatz in Bern wurde behauptet, für ein «liebendes und förderndes Umfeld» spiele die sexuelle Orientierung der Eltern keine Rolle. Liebende Eltern könnten «genauso gut» zwei Frauen oder zwei Männer sein, wobei gar von der Verneinung der biologischen Realität von «zwei Müttern oder zwei Vätern» die Rede war.

### Skepsis im Nationalrat

Bevor der Bundesrat eine Gesetzesänderung ausarbeiten und vorlegen muss, braucht es die Zustimmung des Ständerates und des Nationalrates. Die grosse Kammer hatte die Petition des «Vereins Familienchancen» im September mit 97 zu 83 Stimmen bei 8 Enthaltungen abgelehnt. EVP-Nationalrätin Maja Ingold hielt als Sprecherin der vorberatenden Kommission fest, in der Adoptionsfrage stehe das Kindesrecht auf Vater und Mutter und auf besonderen Schutz der Unversehrtheit auf dem Spiel.

### Weitergehende Forderungen in Richtung «Gender-Mainstreaming»

Ein Blick über den Atlantik zeigt, dass bei der Gewährung des Adoptionsrechts an homosexuelle Paare weitergehende Forderungen zu gewärtigen sind, die auf die Verwischung von Geschlechteridentität zielen. Der Senat des US-Bundesstaats Massachusetts hat am 16. November 2011 im Rahmen der «Transgender Equal Rights Bill» Gesetzesänderungen verabschiedet, welche die Diskriminierung von «Transgender»-Personen verbietet.

Das Gesetz garantiert aufgrund der «Gender-Identität oder -Lebensweise» (gender identity or expression) den Zugang zu Einrichtungen des anderen Geschlechts. Verhalten aufgrund der behaupteten Gender-Identität wird in Gesetzen, die sogenannte «Hass-Verbrechen» unter Strafe stellen, eigens geschützt. Laut dem Nachrichtendienst LifeSiteNews darf Männern, die sich als Frauen geben und kleiden, deswegen eine Anstellung etwa in einer Schule

## Gebetsanliegen des Monats:

### Wir beten:

- **dass sich eine Mutter von 14 Kindern von ihrem Schlaganfall vollständig erholt;**
- **dass ein junges Aargauer Ehepaar mit drei Kindern wieder den Frieden findet;**
- **dass ein verzweifelter Vater im Kanton Jura seine kleinen Söhne auch nach der gerichtlichen Trennung regelmässig bei sich haben darf;**
- **dass sich die Nachbarn einer schwergeprüften Berner Familie einfühlsamer und sogar hilfsbereit zeigen;**
- **für all die Angestellten auf Sozialämtern und Verwaltungen, dass Sie viel Geduld und ein offenes Ohr haben für die Anliegen von Familien in schwierigen Situationen.**

nicht mehr verweigert werden. Massachusetts ist der 16. Bundesstaat der USA mit einer solchen Regelung. *(idea)*

## Kurzmeldungen

### Jugendliche in der Schuldenfalle

Junge Leute verschulden sich deutlich häufiger als Personen über 25 Jahren. 18- bis 25-Jährige verschulden sich am ehesten für Mobiltelefonie und Internet. An zweiter Stelle stehen Schulden für die Gesundheit. Das zeigt eine Untersuchung vom Inkassounternehmen «Intrum Justitia» vom 12. September. Für die Studie wurden Daten von 200'000 Schuldner analysiert. Die offenen Rechnungen der Jugendlichen belaufen sich durchschnittlich auf 468 Franken. Interessant ist, dass junge Männer und Frauen nicht in die gleichen Schuldenfallen geraten. Junge Männer bestellen oft mehr im Internet-Versandhandel als sie bezahlen können, Frauen sitzen mehr auf offenen Arzt- und Laborrechnungen. *(sda)*

### Wie weiter mit dem Schutz christlicher Symbole?

Symbole der christlich-abendländischen Kultur im öffentlichen Raum sollen nun doch nicht geschützt werden. Nachdem sich vorgängig bereits die Ständeratskommission gegen eine neue Verfassungsbestimmung gestellt hatte, hat nun auch die Nationalratskommission am 22. November ihre Meinung geändert und empfahl dem Ratsplenum ein Nein. Die Gegner einer neuen Verfassungsbestimmung bringen die religiöse Neu-

tralität des Staates ins Spiel. Die Privilegierung einer Religion in der Bundesverfassung und bereits die Diskussion darüber könnte den Religionsfrieden in der Schweiz gefährden, meinen sie.

Umgekehrt droht die Gefahr, dass Kreuzfixe, Weg- und Gipfelkreuze aus dem öffentlichen Raum verbannt werden könnten. Eine neue Verfassungsgrundlage wäre nötig, um die christliche Tradition und ihre Symbole wie das Weg- und Gipfelkreuz, den Bildstock oder die Weihnachtskrippe zu bewahren. Einzelpersonen oder einzelne Gruppierungen sollten nicht mit Verweis auf die Glaubens- und Gewissensfreiheit die in der Schweiz vorherrschende christlich-abendländische Kultur infrage stellen können. *(KNA)*

**Nicht vergessen: Spenden an «Jugend und Familie» können in allen Kantonen von den Steuern abgezogen werden. Vielen Dank für jede Gabe!**

### Impressum:

Erscheinungsweise: monatlich  
Jahresabonnement: Fr. 20.–  
Spendenkonto PC 80-33443-1  
Redaktion dieser Ausgabe:  
Käthi Kaufmann, Bürglenstrasse 31,  
3006 Bern, Tel. 031 351 90 76  
E-Mail: kaufmanns@livenet.ch  
www.jugendundfamilie.ch  
Hilfesuche betreffend Familien in Not sind zu richten an:  
Franziska Wyss, Pilatusblick 24,  
6015 Luzern, Telefon 041 340 04 52  
Adressänderungen bitte an den Verlag:  
Arbeitsgruppe «Jugend und Familie»  
Postfach 4053, 8021 Zürich  
Druckerei: Schmid-Fehr AG, 9403 Goldach